

»Sie wollen auf unser Gebiet«

Die jemenitische Regierung führt Krieg gegen die aufständische Houthi-Bewegung im Nordwesten des Landes. Dabei wird sie vom saudischen Militär unterstützt. **Ein Gespräch mit Mohammed Abdulsalam**



Jemenitische Regierung führt Angriff auf Ziele in der Sa'ada-Provinz: »Sie wollen uns zwingen, unsere Kultur und unsere Überzeugungen aufzugeben.« (Foto, August 2009)

Die jemenitische Regierung führt im Nordwesten des Landes Krieg gegen die Houthis. Wer sind die »Houthis«. Sind Sie ein Stamm, ein Zusammenschluß von Stämmen oder eine Partei?

Die Houthis repräsentieren einen großen Teil des jemenitischen Volkes. Wir sind kein bestimmter Stamm, sondern setzen uns aus Mitgliedern aller Stämme des Landes zusammen. Die Houthis haben eine besondere islamische Geschichte, die von allen muslimischen Glaubensrichtungen wegen ihrer Gerechtigkeit und Ehrlichkeit anerkannt wird. Aus unserer Nation gingen viele Gelehrte und Denker hervor. Wir respektieren religiöse Unterschiede, lehnen aber die Spaltung zwischen den muslimischen Gemeinschaften ab. Unserer Ansicht nach sollten sich die Muslime wiedervereinen und damit dem Koran als Buch Gottes folgen.

Was die Frage nach der Partei betrifft: Nach der Wiedervereinigung des Jemen 1990 haben wir die Al-Haq-Partei gegründet, doch das Regime hat uns ausgegrenzt. Es hat unsere Mitglieder ermordet und uns die einfachsten Rechte vorenthalten. Kürzlich wurde die Al-Haq-Partei aufgelöst.

Warum haben Sie zu den Waffen gegen die jemenitische Regierung gegriffen?

Diejenigen, die Krieg gegen uns führen und uns ausgrenzen, wissen genau, daß wir uns nur verteidigen. Sie wissen auch, daß sie Krieg gegen unsere friedlichen und kulturellen Anliegen führen. Denn in erster Linie sind wir eine kulturelle Bewegung. Tatsache ist, daß wir den Krieg nicht begonnen haben. Es war die Regierung, die voller Hochmut in unsere Häuser und Dörfer eindrang und uns mit Gewalt zwingen wollte, unsere Kultur und unsere Überzeugungen aufzugeben. Inzwischen hat es sechs brutale Kriege gegen uns gegeben.

Was fordern sie von der jemenitischen Regierung angesichts ihrer Unterdrückung?

Bis zum ersten Krieg gegen uns hatten wir keine Forderungen an den Staat. Das hat sich inzwischen geändert. Vier

Mohammed Abdulsalam ist Sprecher der Houthi-Bewegung im Jemen. Die Houthis leben im Nordwesten des Landes, an der Grenze zu Saudi-Arabien. Seit Anfang August 2009 herrscht in der Region Krieg

Ziele sind für uns zentral. Erstens muß ein Waffenstillstand in Kraft treten, der garantiert, daß alle vertriebenen Personen in Sicherheit in ihre Häuser und Dörfer zurückkehren können. Zweitens müssen alle Kriegsgefangenen sofort freigelassen werden. Drittens fordern wir Reparationszahlungen für die erlittenen Kriegsschäden. Schließlich muß die Regierung zusichern, daß die Situation in der Provinz Sa'ada und anderen Gebieten wieder so wird, wie sie vor Kriegsbeginn im Jahr 2004 war. Das beinhaltet einen Rückzug der Armee aus den Dörfern, eine Auflösung ihrer Militäranlagen und ein Ende der entstandene Militarisierung des zivilen Lebens. Das bedeutet aber auch, daß man uns mit grundlegenden Basisdiensten versorgt und uns fair und gleichberechtigt mit anderen Regionen in der Republik Jemen behandelt. Die regionale Diskriminierung muß ein Ende haben.

2007 vermittelte das Emirat Katar einen Waffenstillstand, warum hat der nicht gehalten?

Das Regime hat die Doha-Vereinbarung gebrochen. Das hat der Präsident selber zugegeben, als er sagte, das Waffenstillstandsabkommen zu unterzeichnen, sei ein Fehler gewesen. Ein anderer Grund war die ausländische Einmischung, insbesondere die von Saudi-Arabien, das eine Rolle Katars im Jemen grundsätzlich ablehnt. Das liegt an politischen Spannungen zwischen den beiden Staaten.

Trotz aller Dementis hat die saudische Armee zugunsten der jemenitischen Armee in die Kämpfe eingegriffen. Wann fing das an, und warum machen die Saudis das?

Das saudische Regime hat erstmals 2007 offen in den Krieg gegen uns eingegriffen. Dem jemenitischen Regime war es gelungen, Saudi-Arabien einzuschüchtern und es zu erpressen. Jemen sagt, daß wir ein Ableger inter-

nationaler Akteure, insbesondere vom Iran und von der (libanesischen) Hisbollah sind. Und es ist bekannt, daß die Saudis mit beiden Probleme haben. Unglücklicherweise ist das saudische Regime auf diese falschen Anschuldigungen gegen uns reingefallen. Doch keines der Regime legte irgendeinen Beweis für diese Anschuldigungen vor. Jetzt, in diesem aktuellen sechsten Krieg gegen uns, hat sich die Lage verschlechtert; und das saudische Regime hat sich aus politischen Gründen direkt in die Kämpfe eingemischt. Es hat jemenitische Dörfer mit Kampffjets angegriffen und versucht, auf dieses Gebiet vorzurücken. Alles mit der falschen Anschuldigung, wir hätten saudisches Territorium infiltriert.

Westliche Medien sprechen von einem »Stellvertreterkrieg«, den der Iran gegen Saudi-Arabien und den Jemen führt. Außerdem heißt es, der Teheran benutze die Houthis, um ein »Schiitisches Reich« von Teheran bis zum Libanon zu schaffen. Was sagen Sie dazu?

Unsere kulturellen Prinzipien schließen aus, daß wir ein Anhängsel für irgendeine andere Partei sind, egal ob es der Iran oder eine andere Macht der Welt ist. Tatsache ist, daß Teheran das jemenitische Regime unterstützt, sie haben enge diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen. Außerdem fließt eine Menge Geld. Hinzu kommt, daß die Glaubensgemeinschaft der Zwölfer Shia im Jemen mehr Freiheiten genießt als wir. Die Zwölfer Shia ist die schiitische Lehre im Iran. Dieses Gerede über iranische Einmischung dient lediglich dazu, Saudi-Arabien zu erpressen. Die Saudis sollen das mittellose und fragile jemenitische Regime unterstützen. Wir sind nicht so dumm, daß wir unsere Kinder, Frauen und unser eigenes Blut opfern, unsere Häuser, Dörfer und Moscheen zerstören lassen und überhaupt unser ganzes Leben blockieren, nur um die politische Position irgendeines Staates zu vertreten. Diese Darstellung ist unwahr, kein rational denkender Mensch kann so etwas akzeptieren.

Westliche Beobachter sehen

im Jemen einen »gescheiterten Staat«. Was bedeutet so eine Bewertung aus Sicht Ihrer Bewegung?

Jemen ist nicht nur ein gescheiterter Staat, Jemen kann man gar nicht als Staat bezeichnen. Das Regime hat dem Land nie wirkliche Entwicklung ermöglicht. Die hohe Arbeitslosigkeit, die Armut, der geringe Bildungsstand und der Rassismus sind für jeden Besucher sichtbar. Es gibt eine kleine Gruppe von Superreichen, der Rest lebt von dem, was er auf der Straße findet. Die Mitglieder des Regimes haben gut gefüllte Bankkonten in Europa und anderen Teilen der Welt, während die einfachen Leute sich glücklich schätzen können, wenn sie ein Stück Brot finden. Die internationale Hilfe, die Jemen erhält, wäre mehr als genug, um das Land und seiner Bevölkerung Unabhängigkeit und Sicherheit zu geben. Doch die Voraussetzung dafür wäre jedoch die Existenz eines funktionierender Staates, der verantwortlich handelt.

Im Juni wurde eine deutsche Familie in der Provinz Sa'ada entführt und ist seitdem verschwunden. Haben Sie Informationen über deren Situation?

Was mit der deutschen Familie geschehen ist, tut uns sehr leid. Dieses Verbrechen verstößt gegen unsere Werte, gegen unsere Moral und gegen unsere Bräuche. Diese Familie war Teil unserer Gesellschaft. Man respektierte sie und war dankbar für ihre Arbeit im Jemen allgemein und insbesondere in Sa'ada. Wir haben keine genauen Informationen über das Verbrechen, weil es in einer Gegend geschah, zu der wir keinen Zugang haben – und zwar in der Nähe des Gebäudes der Sicherheitsbehörden mitten in Sa'ada-Stadt. Es ist auf allen Seiten von Sicherheitskräften der Polizei und der Armee umgeben. Wie dem auch sei, wir versuchen weiterhin auf jede nur erdenkliche Weise, etwas über ihre Situation und ihren Aufenthaltsort zu erfahren. Es ist unsere Pflicht, die Verbrecher zu finden und Einzelheiten über das zu erfahren, was geschehen ist.

Interview: Karin Leukefeld

HINTERGRUND Die Bewegung der Houthi

Seit Anfang August herrscht im Nordwesten Jemens Krieg. Das jemenitische Militär, inzwischen unterstützt von Armee und Luftwaffe Saudi-Arabiens, bekämpft die Bewegung der Houthis, denen sie vorwirft, vom Iran militärisch und finanziell unterstützt zu werden.

Die Houthis gehören zur starken Minderheit der Zaiditen im Jemen, einer schiitischen Strömung des Islam, die vor allem wegen ihrer Unbeugsamkeit bekannt ist. Seit dem 12. Jahrhundert bestand in der Region ein Imamats der Zaiditen, das zeitweise über den ganzen Jemen herrschte. Anfang der 1960er Jahre wurde es gestürzt. Den Zaiditen steht eine sunnitische Mehrheit gegenüber, die vor allem der strengen Schule der Wahabiten folgen, wie sie in Saudi-Arabien herrscht. Weil der Wahabit Osama Bin Laden ursprünglich aus dem Jemen stammt, wird neben einer angeblichen schiitischen Gefahr von den westlichen Verbündeten Jemens die Gefahr einer neuen Al-Qaida heraufbeschworen. Arabische Staaten wie Saudi-Arabien und Ägypten unterstützten die Regierung in Sanaa.

Jemens Präsident Ali Abdullah Saleh, der selbst den Zaiditen angehört, hat die Vernichtung der Houthi-Milizen angekündigt, egal, wie lange der Kampf dauern werde. Die Regierung sei »entschlossen, die Unruhen zu beenden«, und werde »Sicherheit und Stabilität in der Provinz Sa'ada wieder zum Recht verhelfen«, erklärte er vor Soldaten. Die Bevölkerung ist aufgerufen, Blut für die Soldaten zu spenden, was im Fernsehen übertragen wird.

Die US-Regierung sieht im Jemen darüber hinaus die Gefahr einer angeblichen neuen Formation von Al-Qaida. Eine »Al-Qaidia der Arabischen Halbinsel« habe Jemen zu ihrer neuen Basis gemacht, erklärte einer der Oberstrategen im Kampf gegen den Terrorismus, Michael Leitner, bei einer Anhörung vor dem Komitee für Heimatschutz des US-Senats. Das Land könne zu einer »gefährlichen Basis für Ausbildung und Anschlagsvorbereitung« der neuen Al-Qaida werden, sagte er. US-Präsident Barack Obama hat Jemen mehrfach die volle Unterstützung im Kampf gegen Terrorismus zugesagt. Ein verheerender Luftangriff Mitte Dezember, bei dem bis zu 70 Menschen getötet wurden, war US-Medien zufolge vom US-Präsidenten absegnet und mit US-amerikanischem Know-How durchgeführt worden.

Jemen ist das ärmste arabische Land mit 23 Millionen Einwohnern und Zehntausenden Kriegsflüchtlingen aus Somalia. Seit Beginn der Kämpfe gegen die Houthis 2004 wurden rund 175 000 Menschen vertrieben. Aktuell spricht das UN-Hilfswerk für Flüchtlinge, UNHCR, von weiteren 94 000 Vertriebenen.

Karin Leukefeld